

**Beitrag der Kommunistischen Organisation Luxemburg (KOL)
zur VIII. Internationalen Konferenz
Marxistisch-Leninistischer Parteien und Organisationen.**

Die Entwicklung im EU-Kleinstaat Luxemburg

(Länderbericht)

Die allgemeine Entwicklung in Luxemburg

Die Entwicklung in Luxemburg muss im Zusammenhang mit der rezenten kapitalistischen Weltwirtschaftskrise erklärt werden. Hatte die Weltwirtschaftskrise Anfang der 90er Jahre keine grosse Auswirkungen auf den Kleinstaat, der von der ökonomischen Struktur her wenig industriell und vielmehr ein Dienstleistungsbetrieb für den EU-Imperialismus ist, so hat die rezentere Weltwirtschaftskrise in ihrer Kombination von Konjunktur-, Struktur-, Finanz- und Börsenkrise Luxemburg voll getroffen. Die Weltwirtschaftskrise hat den Spielraum für Parasiten verkleinert.

Während in den 90er Jahren noch eine jährliche wirtschaftliche Wachstumsrate von 8 oder 9 % zu verzeichnen war, sackte dies im Jahre 2001 auf 0,1 herunter, um heute zwischen 1 und 2 % zu liegen. Ein rapid gesunkenes Wirtschaftswachstum, sinkende Staatseinnahmen, sinkende Investitionen und sinkende Perspektiven, kennzeichnen heute die allgemeine Entwicklung in Luxemburg.

Der Finanzplatz wackelt

Ein Ausdruck dieser Krise ist die Entwicklung des Finanzplatzes Luxemburg, dem 8. grössten Finanzplatz der Welt. Weltweit hat die Finanzkrise die Konzentration der Bankinstitute angetrieben, was sich auch am Finanzstandort Luxemburg bemerkbar machte. Von ehemals 220 Banken verbleiben 2004 nach Fusionen und Aufgaben, nur noch 169 Banken. Über 1 200 Arbeitsplätze (von insgesamt 23 000) wurden in den letzten zwei Jahren im Finanzsektor abgebaut, wobei diese Entwicklung erst begonnen hat. Dies ist deshalb umso bedeutender, als der Finanzplatz zu über 30 % an den Staatseinnahmen beteiligt ist.

Die Einführung der Quellensteuer, sowie die Steueramnestie für Steuerflüchtlinge in mehreren Ländern, darunter Belgien und Deutschland, wirken sich substanziell auf den Finanzplatz aus. Zudem hat die Krise auch die Staatseinnahmen in den Nachbarländern knapper gemacht, wodurch diese den Druck auf den Finanzplatz Luxemburg und sein Bankgeheimnis verstärken. Der Abbau des Finanzplatzes ist eingeläutet.

Die Industrie kriselt ebenfalls

Jetzt rächt sich auch, dass die Regierung es seit Mitte der 70er Jahren, also seit der Strukturkrise in der Stahlindustrie, die während einem Jahrhundert die Schlüsselindustrie in Luxemburg war, verpasst hat, anstelle ihrer parasitären Finanzplatzpolitik eine Politik der industriellen Entwicklung und Diversifikation zu betreiben. So macht die Industrieproduktion heute nur noch 10% der gesamten Wirtschaft in Luxemburg aus. Und auch dieser Sektor ist von der Krise geprägt, wovon zahlreiche Entlassungen, der Arbeitsplatzabbau und die steigende Arbeitslosigkeit zeugen. Allein ARCELOR, der weltweit grösste Stahlkonzern mit Sitz in Luxemburg, hat den Abbau von rund 1 000 Arbeitsplätzen (von insgesamt 7 500) für das kommende Jahr angekündigt. Die schleichende Desindustrialisierung hat eine strukturell bedingte Arbeitslosigkeit zur Folge, die momentan bei 4,5 % liegt, ohne die in den sogenannten Beschäftigungsmassnahmen versteckte oder die durch die Grenzgänger exportierte Arbeitslosigkeit.

Wie reagiert die bürgerliche Regierung auf diese Entwicklung ?

Die Regierung, scheint von der krisenhaften Entwicklung überrumpelt und macht in Zweckoptimismus, um ihre Perspektivlosigkeit zu verschleiern. Sie setzt weiter auf eine parasitäre Nischenpolitik, will allerdings aus Souveränitätsnischen jetzt „Kompetenznischen“ machen. Was immer dies auch heisst, schlussendlich ist und bleibt es eine Briefkastenökonomie im Interesse des steuerflüchtigen Kapitals, statt einer Realökonomie im Interesse des Volkes.

Sozialabbau ...

Darüber hinaus reagiert die Bourgeoisie klassisch. Die Politik der Flexibilisierung, der Liberalisierung und Privatisierung nach der Vorlage der EU-Kommission, ist die Grundlage für einen Sozialabbau, der nach den Wahlen am 13. Juni voll zur Entfaltung kommen wird. Insbesondere die Rentenfrage wird zum Brennpunkt der sozialen Auseinandersetzung werden.

.../...

Demokratieabbau ...

Klassisch ist auch eine weitere Reaktion auf die kapitalistische Krise. Neben dem Sozialabbau forciert die Regierung die Politik des Demokratieabbaus. Kernpunkte dieser Politik sind neue Antiterrorgesetze, die eher die Bewegungsfreiheit der Werktätigen und ihrer Organisationen einschränken, die Aufwertung des Geheimdienstes, im Volksmund auch Spitzeldienst genannt und die Ausrüstung der Polizei zu einer Bürgerkriegstruppe. Erstmals in Luxemburg war der Polizeieinsatz am 17.4.2003 gegen demonstrierende Stahlarbeiter, die gegen den geplanten Arbeitsplatzabbau durch die ARCELOR-Kapitalisten protestierten: Polizeihubschrauber in der Luft, Wasserwerfer und Panzerwagen am Boden, Tränengas und Gummigeschosse sowie der Einsatz von einem Heer von Spitzeln, als Journalisten getarnt. Neue Ausrüstungen sind geplant, nicht zuletzt auch im Hinblick auf den EU-Vorsitz Luxemburgs im kommenden 1. Halbjahr.

... und die Verschlechterung der Lebensbedingungen

Das Volk und die Werktätigen sind jedenfalls nicht die Profiteure der Parasitenpolitik der Regierung. Seit Jahren verschlechtern sich in Luxemburg die Lebensbedingungen, was sich u.a. in ausufernden Verkehrsproblemen, einer fortschreitenden Zersiedlung der Landschaft und verteuerten Preisen ausdrückt. Die Kleinstaatlichkeit ermöglichte es, dass bisher z.B. über 70 % der Menschen Eigenheimbesitzer waren. Jetzt ist es aufgrund der Fehlpolitik im

Wohnbereich und der ungeheuerlichen Spekulation im Immobilienbereich für normal arbeitende Menschen unmöglich geworden, sich ein Eigenheim, oder auch nur ein Bauplatz anzuschaffen. Eine wachsende Verschuldung der Haushalte und ein Ansteigen der Armut sind weitere Folgen. Alkoholismus, Drogenprobleme und Depressionen sind wahre Volkskrankheiten geworden, wobei die Regierung es normal findet, dass es sie in diesem Ausmasse gibt. Sie versucht noch nicht mal im Ansatz, die Lösung dieser Probleme anzugehen.

Verschärfter Klassenkampf ...

In den letzten Jahren ist es nach einer relativen Ruhe zu einer Anhäufung von Sozialkonflikten in gleich mehreren Bereichen wie Stahl, Banken, Flugverkehr, Eisenbahn, Krankenhäuser...gekommen.

Da das Kapital und vor allem das Finanzkapital so scheu wie ein Reh ist, hat die Regierung um den „sozialen Frieden“ im Interesse des Finanzplatzes zu gewährleisten, jahrzehntelang die Politik der Klassenkollaboration im Rahmen der institutionellen Tripartite (Regierung, Kapital und Gewerkschaftsbürokratie) gefördert, sowie die Aufteilung der Werktätigen in Einheimische, Immigranten und Grenzgänger ausgenutzt..

Trotzdem ist aufgrund der verschärften Politik des Sozialabbaus im Rahmen der arbeiter- und volksfeindlichen EU-Politik und der durch die Krise zu erwartenden Angriffen des Kapitals auf die Arbeits- und Lohnbedingungen in naher Zukunft mit einer Verschärfung des Klassenkampfes zu rechnen. Besonders nach den Wahlen am 13. Juni, zu denen wir übrigens, aufgrund der gesetzlichen Wahlpflicht, aufrufen ungültig zu wählen, wird die bürgerliche Krisenpolitik rasant entfaltet werden.

... und die wachsende Bedeutung einer führenden revolutionären Partei

Die zu erwartenden Verschärfung der Klassenkampfsituation wird die wachsende Bedeutung der Kommunisten unterstreichen. Deshalb muss auch der Parteaufbau mit den neuen Anforderungen Schritt halten. Ende des Jahres findet eine Organisationskonferenz der KOL statt, die auf die neuen Aufgaben im Klassenkampf in Luxemburg, in ihrem Zusammenhang mit den neuen Erscheinungen des Kapitalismus-Imperialismus und der Entwicklung der grundlegenden Widersprüche in der Welt, aktuell ausrichten soll. Dies im Hinblick auf unsere zentrale Zielsetzung:

Für ein sozialistisches Luxemburg in einem sozialistischen Europa !

|
Mai 2004